

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Andreas Flocken

17.06.2017 /19.20-19.50 Uhr
18.06.2017 /12.30-13.00 Uhr
E-Mail: streitkraefte@ndr.de
www.ndr.de/streitkraefte

Inhalt:

- Tornado-Umzug – schleichender Abschied der Türkei von der NATO?
- Nach dem Brexit – die Folgen für die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
- Trumps geheimer Drohnenkrieg – mehr Einsätze, aber immer weniger politische Kontrolle?
- Unterstützung für den G20-Gipfel – die Rolle der Bundeswehr

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe unserer Sendereihe, im Studio begrüßt Sie Andreas Flocken.

Ein Blick auf unsere Themen:

- Nach dem Brexit – die Folgen für die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
- Trumps geheimer Drohnenkrieg – mehr Einsätze, aber immer weniger politische Kontrolle? Und:
- Unterstützung für den G20-Gipfel – die Rolle der Bundeswehr

Zunächst jedoch zur angekündigten Verlegung von sechs Aufklärungstornados der Bundeswehr von der Türkei nach Jordanien. Der Grund: Der NATO-Bündnispartner Türkei erlaubt Bundestagsabgeordneten nicht, Soldaten auf dem Stützpunkt Incirlik zu besuchen. Da die Bundeswehr eine Parlaments-Armee ist, besteht die Bundesregierung aber auf die Besuchsmöglichkeit. Die Weigerung der Türkei ist letztlich eine Retourkutsche u.a. für die Armenien-Resolution des Bundestages, den Streit um das Verfassungsreferendum und

die Asylanträge türkischer Soldaten in Deutschland. Die Bundesregierung hoffte lange auf ein Einlenken der Regierung in Ankara - vergeblich.

Die bisher von Incirlik geflogenen Tornado-Aufklärungsmissionen dienen dem Kampf gegen die Terror-Organisation Islamischer Staat. Auch wenn es sich nicht um eine NATO-Operation handelt – die erzwungene Verlegung der Flugzeuge von einem NATO-Land in ein Nicht-NATO-Land macht deutlich, wie sehr sich die Türkei von dem Bündnis inzwischen entfernt hat - einem Bündnis, das sich offiziell immer noch als Wertegemeinschaft versteht. Außenminister Gabriel ist besorgt:

O-Ton Gabriel

„Die Entwicklung in der Türkei – sie entwickelt heute eine völlig andere Vorstellung von Demokratie und Rechtsstaat als wir sie haben. Und ich glaube nicht, dass wir zu schnellen Veränderungen und Ergebnissen kommen werden. Das ist jetzt ein mühsamer Prozess.“

Die Türkei unter Erdogan ist neben US-Präsident Trump ein weiterer Problemfall für die NATO. Die Regierung in Ankara richtet sich geopolitisch neu aus. EU und NATO verlieren an Bedeutung. Für die Allianz ist Russland seit der Krim-Annexion kein Partner mehr. Für Ankara dagegen schon. Russland wird sogar immer wichtiger für die Türkei. Markus Kaim von der Stiftung Wissenschaft und Politik in der ARD:

O-Ton Kaim

„Dass vor wenigen Wochen zum ersten Mal türkische und russische Flugzeuge über Syrien gemeinsame Operationen geflogen haben, ist bemerkenswert. Dass die Türkei plant, in Russland Waffen zu kaufen, ist bemerkenswert. Also als Ergänzung zu ihrer nach wie vor anhaltenden Westorientierung sucht die Türkei nach anderem Anschluss.“

Es heißt, die Türkei habe Ambitionen, der Shanghai-Kooperations-Organisation beizutreten - quasi als Alternative zur EU. Dem Shanghai-Bündnis gehören u.a. China und Russland an, kürzlich sind Indien und Pakistan beigetreten. Die Türkei hat bereits den Status als „Dialogpartner“.

Auch im Nahen und Mittleren Osten verfolgt die türkische Regierung zunehmend Interessen, die nicht im Einklang stehen mit denen der anderen NATO-

Staaten. Im August waren türkische Truppen in Nordsyrien eingerückt, um eine Pufferzone einzurichten. Die Türkei kritisiert zudem die Bewaffnung der syrischen-Kurden-Miliz YPG durch die USA. Die Beteiligung der Kurden an der Militäroffensive gegen die IS-Hochburg Raqqa hält Ankara für einen schweren Fehler. Die Türkei ist zudem Garantmacht für den Syrien-Friedensprozess von Astana – zusammen mit Russland und dem Iran. Die anderen Bündnismitglieder setzen dagegen vor allem auf die Genfer-Friedensgespräche.

Für die Türkei verlieren der Westen und die NATO zunehmend an Bedeutung. Im Bündnis versucht man, den Konflikt mit Ankara tiefer zu hängen, redet ihn klein. So verweist Verteidigungsministerin von der Leyen auf noch vorhandene Gemeinsamkeiten, zum Beispiel auf die NATO-Zusammenarbeit in der Ägäis beim Kampf gegen Schleuser. Sie laufe sehr gut und geräuschlos:

O-Ton von der Leyen

„Da muss man sich einmal vor Augen halten, dass zu Beginn dieser Aktivität, am Tag im Schnitt 5.000 Flüchtlinge von der Türkei nach Griechenland kamen. Heute sind es weniger als 100.“

Allerdings hat Erdogan immer wieder mit der Aufkündigung des Flüchtlingsdeals gedroht. Dass das auf Dauer eine leere Drohung bleibt, darauf sollten sich EU und NATO nicht verlassen.

Mehr zur geopolitischen Umorientierung der Türkei finden Sie auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter ndr.de/streitkraefte.

Zu unserem nächsten Thema.

In der kommenden Woche jährt sich das Brexit-Referendum, in dem die Briten überraschend für den EU-Austritt gestimmt haben. Diese Entscheidung hat Großbritannien - aber auch die EU - in eine Krise gestürzt. Es stellen sich viele Fragen. Wie es weitergehen soll, ist ungewiss. Das gilt auch für die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. London galt hier als Bremser. Es gab daher in Brüssel die Hoffnung, dass der Brexit der sicherheitspolitischen Kooperation in der EU einen Impuls geben könnte – zumal die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten ebenfalls als Weckruf für die Europäer ver-

standen wurde. Ist die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik also auf gutem Weg? Kai Küstner ist dieser Frage nachgegangen:

Manuskript Kai Küstner

Wenn die EU in die europäische Volksseele blickt, dann findet sie da das unbedingte Bedürfnis nach mehr Verteidigungs-Gemeinschaft: Mit einer ganzen Serie von Umfragen, Schaubildern und Statistiken suchten die Brüsseler Institutionen in jüngster Zeit zu belegen, dass sie im Grunde mit ihrem Versuch, dem militärischen Arm der EU mehr Muskeln zu verleihen, nur genau das umsetzen, was die Menschen von ihnen fordern:

O-Ton Mogherini (overvoice)

„Überall in Europa, von Nord bis Süd, von Ost bis West und quer durch das politische Spektrum gibt es eine Sache, die europäische Bürger klar und laut sagen: Sie wollen mehr europäische Einigkeit bei Verteidigung und Sicherheit.“

Sagt etwa die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini. Kaum jemand würde leugnen, dass die Europäische Union auf dem Weg hin zu einer Verteidigungsunion in den vergangenen 12 Monaten ein Tempo vorgelegt hat, bei dem vielen noch vor wenigen Jahren schwindlig geworden wäre.

O-Ton Jean-Claude Juncker (overvoice)

„All jene, die schreiben, die jüngsten Vorschläge der EU-Kommission sind eine direkte Folge der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten oder eine Folge des Brexits, liegen völlig falsch.“

Behauptet EU-Kommissionschef Juncker. Doch die Zahl derer in Europa, die ihr Schicksal lieber in die eigenen Hände legen als in die des neuen US-Präsidenten, hat gewiss zugenommen. Gleichzeitig bekunden EU-Diplomaten, die Abnabelung der Briten vom Kontinent sei zwar in fast jederlei Hinsicht erschütternd, nur eben für die Verteidigung ein Segen. Weil London militärisch stets auf die NATO gesetzt hatte und auf EU-Ebene in dieser Hinsicht über Jahrzehnte fast alles blockiert hatte. Wie eine Reise in die Vergangenheit mag es daher so manchem vorgekommen sein, als sich die Briten im Mai zunächst gegen die Schaffung einer gemeinsamen Kommando-Zentrale in Brüssel für EU-Missionen stemmten. Dann aber gaben sie schließlich doch im Streit um die Führungs-Zelle nach:

O-Ton Gahler

„Bisher hatten wir das nur für den Bereich der zivilen Missionen. Jetzt ist es für die Trainingsmissionen in Mali, der Zentralafrikanischen Republik und Somalia vorgesehen. Das ist ein weiterer Schritt, der hinführen wird zu einem gemeinsamen zivil-militärischen Hauptquartier.“

Sagt der CDU-Verteidigungsexperte im EU-Parlament, Michael Gahler. Dieses Hauptquartier – wenn auch zunächst mit 35 Mitarbeitern noch einigermaßen bescheiden ausgestattet, aber ausbaubar – ist ein Beispiel dafür, wie quirlig es im Verteidigungsbereich auf EU-Ebene heute zugeht. Dass die Briten sich nach dem Brexit wohl kaum in großem Stil an EU-Missionen beteiligen werden, ist nach Angaben von Diplomaten jedenfalls zu verkraften. Auch bislang schon seien sie zwar im NATO-Rahmen sehr aktiv gewesen, ihr Beitrag zu EU-Einsätzen, also etwa dem am Horn von Afrika zur Piraten-Bekämpfung, habe sich aber stets sehr in Grenzen gehalten.

Das zweite Zukunfts-Projekt, auf das insbesondere die Bundesregierung setzt, trägt einen etwas sperrigen Namen: „Strukturierte Zusammenarbeit“, abgekürzt „Pesco“ wird sie auch genannt. Dahinter verbirgt sich der Wunsch, dass sich eine Art „Koalition der Willigen“ im Verteidigungs-Bereich künftig nicht mehr von einigen wenigen aufhalten lässt: Eine gewisse Anzahl von Staaten soll sich demnächst offiziell zusammenschließen können, um bei Projekten wie der Satelliten-Überwachung, gemeinsamer Offiziers-Ausbildung oder auch einem verlegbaren Krankenhaus schneller voranschreiten zu können:

O-Ton von der Leyen

„Damit bei europäischen Missionen nicht das passiert, was bei der Ebola-Krise passiert ist: Dass wir alle zusammen als Europäer auftreten wollen, aber nicht die Mittel haben.“

Mahnt Bundesverteidigungsministerin von der Leyen. Die Briten, so viel ist klar, werden sich an diesem Projekt nicht beteiligen. Das Problem: Die beiden Treiber-Nationen, Deutschland und Frankreich, hatten bisher durchaus unterschiedliche Vorstellungen von der Ausgestaltung: Berlin will, dass möglichst viele EU-Staaten dabei sind. Paris schaut eher auf die Ergebnisse und stellt sich eine nicht gar so offene „Pesco“-Gemeinschaft vor. Ob sich diese beiden

gegensätzlichen Ansätze vereinbaren lassen, darüber könnte schon der kommende EU-Gipfel Aufschluss geben.

Das Ideen-Trio für die EU-Verteidigung der Zukunft komplettiert der sogenannte Rüstungs-Fonds: Ein Geldtopf also, aus dem nicht nur gemeinsame Forschungs-Projekte bezahlt werden, sondern auch Rüstungsgüter gemeinsam entwickelt und erworben werden sollen:

O-Ton Juncker (overvoice)

„Wir haben in der Europäischen Union 178 verschiedene Waffen-Systeme – verglichen mit nur 30 in den USA. Absurderweise haben wir auch mehr Helikopter-Typen als Regierungen, die sie kaufen könnten.“

Rechnet EU-Kommissionschef Juncker vor. Der milliardenschwere Rüstungs-Fonds, den Brüssel nun auf den Weg gebracht hat, dem aber die Mitgliedstaaten noch ihren Segen geben müssen, soll also der Verschwendung, weil jeder Staat für sich forscht und anschafft, Einhalt gebieten.

Nun bleibt bei all dem die Frage: Wie weit oder tief wird die EU in Sachen Verteidigung eines Tages gehen. Wie lässt sich vermeiden, dass man nicht doch irgendwann eine Art EU-NATO schafft und damit zur eigentlichen NATO parallel arbeitet? An Ehrgeiz fehlt es derzeit jedenfalls nicht: Die sprichwörtliche „soft power“ der EU wird in Zukunft nicht mehr ausreichen – ein Lieblingssatz von Kommissionschef Juncker. Genau wie dieser hier:

O-Ton Juncker (overvoice)

„Wir können den Schutz Europas nicht länger outsourcen.“

Aber hieße das tatsächlich, dass die EU eines Tages etwa seine baltischen Mitgliedsstaaten verteidigt, wenn die USA das nicht mehr leisten mögen? Denn genau diese ewig währende Schutzgarantie hatte Donald Trump zumindest im Wahlkampf ja in Frage gestellt. Und die EU-Verträge sehen einen solchen Beistand – Juristen zufolge – durchaus vor. Diese Frage wurde vor kurzem auch der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini gestellt. Die daraufhin klarstellte: Es gehe den Europäern bei ihren Planspielen weder darum, die NATO noch die USA zu ersetzen.

O-Ton Mogherini (overvoice)

„Wir reden hier nicht über den Schutz des EU-Territoriums, das ist die Kernaufgabe der NATO-Allianz.“

Für den Moment jedenfalls sehen die Europäer als ihr Betätigungsfeld für die Zukunft vor allem die unmittelbare Nachbarschaft und vor allem Afrika. Ein Kontinent, auf dem die NATO bislang kaum aktiv ist, der aber schon wegen der Flüchtlinge für die Europäer extrem wichtig bleiben dürfte. Gleichzeitig steht für den Direktor des Holbrooke-Forums an der American Academy, Jan Techau, für die Europäer eins fest:

O-Ton Techau

„Selbst unter den besten Umständen, wenn sie jetzt ganz perfekt zusammen arbeiten, könnten sie sich aus dieser amerikanischen Abhängigkeit nicht lösen.“

Ohne die USA würde Europa unweigerlich in die Einfluss-Sphäre des militärisch starken Russlands driften, glaubt Techau. Jedenfalls würde kaum jemand leugnen, dass die EU-Staaten ohne den US-Schutzmantel militärisch einigermaßen nackt dastünden. Daran haben bislang weder Trump noch Brexit etwas geändert.

* * *

Flocken

Soweit Kai Küstner.

„America first“ heißt die Devise von Donald Trump. Der US-Präsident will vieles anders machen als sein Vorgänger – insbesondere in der Innen- und Wirtschaftspolitik. Obama hatte im Kampf gegen den Terrorismus vor allem auf gezielte Tötungen durch Drohnen gesetzt. Die Einsätze sind unter ihm stark angestiegen. Unter Donald Trump könnte der geheime Drohnenkrieg noch stärker ausgeweitet werden. Jerry Sommer weiß mehr:

Manuskript Jerry Sommer

Donald Trump hat angekündigt, die von Obama erlassenen und ohnehin recht flexiblen Richtlinien für den Drohneneinsatz gegen mutmaßliche Terroristen zu überarbeiten. Laut Zeitungsberichten soll das US-Militär nicht nur wie bisher in

den Kriegsgebieten Afghanistan, Irak und Syrien seine große Handlungsfreiheit behalten. Es solle künftig zudem einen größeren Freiraum erhalten, wenn es um tödliche Drohnenangriffe auch in Nicht-Kriegsgebieten gehe. Beschränkungen, die Präsident Obama erlassen hatte, könnten gelockert werden. Eventuell sollen das Pentagon und der Auslandsgeheimdienst CIA solche Einsätze auch ohne ausdrückliche Zustimmung des Weißen Hauses entscheiden dürfen. Ob und inwieweit allerdings die Einsatzrichtlinien für diese Gebiete formal geändert werden sollen, ist noch unklar. Ebenso unklar ist, ob die CIA wieder eigenständig gezielte Tötungen mit Drohnen durchführen dürfen. Alyssa Sims von der Washingtoner Denkfabrik New America ist besorgt:

O-Ton Sims (overvoice)

„Gelockerte Bestimmungen könnten zu einer höheren Anzahl von getöteten Terroristen führen, aber auch zu mehr zivilen Opfern. Das wird dem Ansehen der USA in der Welt sehr schaden, insbesondere in den Ländern, in denen solche Angriffe stattfinden.“

In der Amtszeit von Trump hat das US-Militär in Pakistan bisher lediglich einen Drohnenangriff ausgeführt, nachdem dort neun Monate lang keine Drohnenangriffe mehr erfolgt waren. Über zwanzig Raketen wurden von unbemannten US-Luftfahrzeugen allerdings auf Ziele im Jemen abgefeuert - eine auf Somalia. Im Jemen richteten sich die Angriffe gegen mutmaßliche Mitglieder der Terrorgruppe „Al Qaida auf der arabischen Halbinsel“, in Somalia gegen die islamistische Terrorgruppe al-Shaabab. In Somalia wurden Mitglieder und Trainingslager der islamistischen Terrorgruppe al-Shaabab von Drohnen angegriffen. Diese bekämpft die Zentralregierung in Mogadischu und sieht sich als Verbündeter von Al Qaida. Auf Bitte des US-Militärs hat Trump einige Regionen des Jemen und Somalias schon im März zu Kriegsgebieten erklärt, um dem Militär dort mehr Handlungsfreiheit zu geben.

Der Einsatz von bewaffneten und unbewaffneten Drohnen gehört schon länger zum Standard-Repertoire des US-Militärs. Etwa 60 US-Drohnen kreisen jeden Tag über Krisengebiete. Die US-Luftwaffe plant, die täglichen Einsätze auf bis zu 90 Missionen zu erhöhen. Es handelt sich in erster Linie um Aufklärungseinsätze, mit denen Informationen gewonnen werden sollen. Aber von US-Drohnen vom Typ „Predator“ und „Reaper“ können auch Raketen abgeschos-

sen werden. Laut Angaben der US-Luftwaffe sind Drohnen im Irak und in Syrien nur mit sieben Prozent an Luftangriffen gegen die Terrororganisation Islamischer Staat beteiligt. In Afghanistan dagegen sind in den ersten drei Monaten des vergangenen Jahres 61 Prozent der Luftangriffe durch Drohnen durchgeführt worden.

Zwar gibt es keine weiteren öffentlichen Informationen über alle bewaffneten US-Drohnen-Operationen in offiziell anerkannten Kriegsgebieten, wie in Afghanistan, im Irak und in Syrien. Diese sind auch weniger strittig, sagt Niklas Schörnig von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung:

O-Ton Schörnig

„Wenn Drohnen in einem Gebiet eingesetzt werden, wo ein bewaffneter Konflikt stattfindet, ist das aus der Sicht des Völkerrechts unproblematisch, auch wenn sie zu gezielter Tötung von Kombattanten auf der Gegenseite eingesetzt werden. Völkerrechtlich extrem umstritten sind die Einsätze, die die USA in Pakistan, Somalia und Jemen geflogen haben und noch fliegen. Aus Sicht der meisten Völkerrechtler liegt hier kein bewaffneter Konflikt vor und deshalb sind gezielte Tötungen nicht zulässig.“

Die US-Regierung sieht das anders. Schon US-Präsident Bush hat nach den Terrorangriffen vom 11. September 2001 eine sogenannte Kill-Liste erstellen lassen. Die dort namentlich genannten vermutlichen hochrangigen Terroristen von Al Qaida und ihren Verbündeten durften demnach vom CIA und dem US-Militär auch außerhalb von Afghanistan gezielt getötet werden. Bis 2008 führte die CIA in den angrenzenden Gebieten Pakistans deshalb etwa 50 Angriffe mit bewaffneten Drohnen durch. In den anschließenden acht Jahren der Präsidentschaft von Barack Obama wurden im US-Anti-Terrorkrieg die Drohneneinsätze in Nicht-Kriegsgebieten auf Jemen, Somalia und Libyen ausgeweitet. In der Amtszeit von Obama hat es zehn Mal mehr solcher Angriffe als unter George W. Bush gegeben - insgesamt 526. Dabei sind nach Angaben der US-Administration etwa 3.000 Kämpfer und 65 bis 117 Zivilisten getötet worden. Unabhängige Organisationen gehen hingegen von 200 bis 800 zivilen Opfern aus, erklärt Alyssa Sims von der Washingtoner Denkfabrik New America:

O-Ton Sims (overvoice)

„Es gibt viele Fälle, bei denen das Militär geringe zivile Opferzahlen angibt. Aber lokale Medien und auch Amtsträger vor Ort, zum Beispiel im Jemen, sagen, dass mehr Zivilisten getötet wurden.“

Insbesondere die Drohnenangriffe in Pakistan führten wegen der zivilen Opfer zu heftigen Protesten. Deshalb versuchte Obama ab 2013 auch, den Drohneinsatz in Nicht-Kriegsgebieten neu zu regeln. So wurde dem Geheimdienst CIA die alleinige Durchführung von Drohneneinsätzen zu gezielten Tötungen entzogen. Stattdessen wurden solche Einsätze gemeinsam vom Militär und der CIA durchgeführt. Der Geheimdienst hatte in erster Linie Informationen über den Aufenthaltsort des mutmaßlichen Terroristen zu beschaffen. Neue Richtlinien wurden erlassen, nach denen - in der Regel - nur gezielte Tötungsangriffe ausgeführt werden durften, wenn – Zitat -

Zitat

„mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit die Zielperson vor Ort ist und mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit keine Zivilisten verletzt oder getötet werden“.

Auch müsse von der Zielperson eine anhaltende Gefahr für die USA ausgehen und ihre Gefangennahme unmöglich sein. Jeder Plan zur Tötung eines vermeintlichen Terroristen musste laut Obamas Direktive dem Präsidenten vorher zur Kenntnis gegeben werden. Er behielt sich die letzte Entscheidung vor - vor allem bei Meinungsverschiedenheiten in der Administration.

Die Anzahl der US-Drohnenangriffe in Pakistan ist wegen der internationalen Kritik und den neuen Regelungen Obamas seit 2011 erheblich zurückgegangen. Im vergangenen Jahr gab es dort nur noch drei Angriffe. Doch im Jemen und in Somalia haben sie im letzten Amtsjahr von Barack Obama deutlich zugenommen. Auch waren die Obama-Regelungen mit zahlreichen Ausnahmestimmungen versehen und zudem unterschiedlich auslegbar. Zum Beispiel musste eine ins Visier genommene Zielperson nicht unbedingt namentlich bekannt sein. Es konnten auch Unbekannte zu Terroristen erklärt werden, wenn sie ein bestimmtes Verhalten an den Tag gelegt hatten, das sie verdächtig machte. Beispielsweise wenn sie auf dem Weg zu einer konspirativen Wohnung u.a. mehrmals das Auto gewechselt haben. Bei den gezielten Tötungen

gab es auch unter Obama bis zum Ende seiner Amtszeit keine echte Transparenz. Niklas Schörnig von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung:

O-Ton Schörnig

„Man tappt da oft im Dunkeln, wer angegriffen wurde, welche Position diese Person tatsächlich innehatte. Die Aussage der US-Regierung, man solle ihr vertrauen, ist doch eine starke Herausforderung angesichts der enormen Anzahl von Angriffen. Es ist nicht plausibel anzunehmen, dass hier in allen Fällen eine ganz konkrete nicht abwendbare Bedrohung vorlag.“

Trotz der Unzulänglichkeiten der Obama-Richtlinien für den Drohneneinsatz in Nicht-Kriegsgebieten befürchtet Niklas Schörnig, dass die mögliche Rücknahme der Beschränkungen durch Präsident Trump zu einer Ausweitung des Drohnenkrieges führen könnte. Extraterritoriale Tötungen durch Drohnen sind für viele Juristen ein Verstoß gegen das Völkerrecht. Für viele Experten sind sie zudem auch kein wirksames Instrument, um den Terrorismus nachhaltig zu bekämpfen. Im Gegenteil. Conrad Schetter, Afghanistanexperte und Direktor des Internationalen Konversionszentrum BICC in Bonn:

O-Ton Schetter

„Wir hören aus dem pakistanischen Grenzgebiet zu Afghanistan, wo bewaffnete Drohnen sehr stark eingesetzt wurden, immer, dass das dazu führte, dass die Menschen sich noch eher den Taliban anschlossen, weil sie sich durch die Drohnenangriffe an den permanenten Akt des Terrors ausgesetzt sahen.“

Nach wie vor werden mehr mutmaßliche Terroristen und mehr Zivilisten durch konventionelle Luftschläge der US-Streitkräfte getötet als durch gezielte Drohnenangriffe. Eine Ausweitung des geheimen US-Drohnenkrieges unter Präsident Trump dürfte sich im Kampf gegen den Terror aber als kontraproduktiv erweisen.

* * *

Flocken

Ein Bericht von Jerry Sommer.

Im kommenden Monat findet in Hamburg der G20-Gipfel statt. Staats- und Regierungschefs der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer werden sich in

der Hansestadt treffen. Für die Polizei eine riesige Herausforderung – aber auch für die Bundeswehr, die die Sicherheitskräfte unterstützen wird. Einzelheiten von Julia Weigelt:

Manuskript Julia Weigelt

Mit Großveranstaltungen kennen sie sich im Bezirksamt Hamburg-Mitte aus - ob Hafengeburtstag oder Schlagermove. Doch der G20-Gipfel, der im kommenden Monat vornehmlich in den Messehallen stattfinden wird, ist dann doch nochmal eine andere Hausnummer. Auch, was die Sicherheitslage angeht. Bezirksamtsleiter Falko Droßmann ist dennoch hoffnungsvoll.

O-Ton Droßmann

„Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir in der Freien und Hansestadt Hamburg den absoluten Großteil der Veranstaltung mit polizeilichen Kräften der Länder leisten können.“

Bei dem Treffen von 19 Staats- und Regierungschefs sowie Vertretern der Europäischen Union werden mehr als 100.000 Demonstranten erwartet, darunter mehrere Tausend gewaltbereite. Der Gipfel, zu dem auch die Präsidenten Trump, Erdogan und Putin kommen wollen, wird von mehr als 15.000 Polizisten geschützt. Zudem sind 3.000 Feuerwehrleute im Einsatz.

Bezirksamtsleiter Droßmann hat einen besonderen Bezug zur Sicherheitslage: Der beurlaubte Berufssoldat ist Oberstleutnant der Luftwaffe. Um den G20-Gipfel so sicher wie möglich zu machen, arbeiten die Sicherheitsbehörden seit Monaten an einem Konzept. Das schließt auch die Unterstützung der Bundeswehr ein.

4.300 Soldaten und 1.500 zivile Mitarbeiter der Bundeswehr gibt es in der Stadt; verteilt auf 18 Liegenschaften. Zum Einsatz kommen Reservisten der Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskompanien, kurz RSU, sagt der Kommandeur des Landeskommandos Hamburg, Kapitän zur See, Michael Setzer. Die Reservisten werden statt der zivilen Wachdienst-Angestellten Kasernen, das Bundeswehr-Krankenhaus und die Führungsakademie bewachen. Michael Setzer:

O-Ton Setzer

„Das ist die einzige Aufgabe. Die Reservisten werden nach derzeitiger Planung – und es ist für mich auch eigentlich kein Szenario absehbar – nicht für G20 eingesetzt, in Unterstützung der Polizei, sondern lediglich zur Absicherung unserer eigenen Liegenschaften.“

Die Reservisten seien besonders geschult und über ihre Rechte belehrt worden. Dafür habe Setzer ein Zusatzpaket von Wehrübungstagen erhalten.

O-Ton Setzer

„Für den G20-Gipfel werde ich rechtzeitig eine ausreichende Zahl von diesen RSU-Kompanien – und zwar auch über Hamburg hinausgehend, aus dem ganzen norddeutschen Raum, zusammenziehen, um meine Liegenschaften entsprechend abzusichern.“

Das Landeskommmando plant aktuell mit 200 Reservisten aus Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen. Darüber hinaus unterstützt die Bundeswehr Stadt und Polizei über die sogenannte Amtshilfe.

Es wurden 34 Amtshilfeanträge gestellt. Davon hat die Bundeswehr 18 genehmigt, sechs wurden zurückgezogen, neun sind in Bearbeitung und einer wurde abgelehnt.

O-Ton Setzer

„Das geht von Speise-Warmhaltebehältern über Unterbringungsanfragen über Stellfläche für Material, das geht um die möglicherweise Bereitstellung von Unterkunft von Diensthunden und Beamten.“

Ziel sei es, Kosten für Hotelunterbringungen zu sparen. Doch nicht immer kann die Bundeswehr helfen, berichtet der Kommandeur des Landeskommandos.

O-Ton Setzer

„Mitunter können auch Amtshilfeanträge aus Kapazitätsgründen nicht genehmigt werden. Die Bundeswehr hat in Hamburg in den letzten Jahrzehnten eine Vielzahl von Kasernen aufgelöst.“

Von den 15.000 Polizisten werden deswegen manche wohl doch im weichen Hotelbett übernachten dürfen, statt in einer Bundeswehr-Stube. Das Großaufgebot soll u.a. gewaltbereite Demonstranten in Schach halten. Soldaten, so heißt es, werden hierbei nicht aktiv mitwirken.

Eine Rolle könnte die Bundeswehr aber bei einem möglichen Anschlag auf den G20-Gipfel spielen. 2012 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass auch ein Terroranschlag ein „besonders schwerer Unglücksfall“ sein kann. Voraussetzung sei ein Ereignis „katastrophischen Ausmaßes“, etwa eine terroristische Großlage. Auch auf dieses Szenario bereiten sich die Sicherheitsbehörden vor.
Kapitän Setzer:

O-Ton Setzer

„Es gibt einen Vorbereitungsstab auf der politischen Ebene, auf der Ebene der Senatoren und des Polizeieinsatzführers, und es gibt einen polizeilichen Lenkungsstab, in dem Feuerwehr, Rotes Kreuz, Technisches Hilfswerk, aber auch die Bundeswehr sitzt, um auf der Arbeitsebene in die Vorbereitungen eingebunden zu sein.“

Verbindungsoffiziere bei der Polizei dienen als Ansprechpartner und Beobachter.

O-Ton Setzer

„Bei diesen Amtshilfeanträgen beraten wir die Polizei: Welche Möglichkeiten hat die Bundeswehr überhaupt, wie lange dauert es, etwas bereitzustellen, welche Kapazitäten haben wir, und dürfen wir das rein rechtlich überhaupt. Ein Beispiel: Ich darf keine Soldaten einsetzen, um eine Demonstration abzudrängen. Auf gar keinen Fall, das ist hoheitliches Handeln.“

Für den Gipfel hätten Polizei und Feuerwehr Material angefordert.

O-Ton Setzer

„Wenn Sie zum Beispiel an biologische Detektoren denken, oder chemische Detektoren, Beratertrupps – so etwas ist angefordert und auch genehmigt.“

Die Entscheidung über die bei dem Landeskommmando eingehenden Amtshilfeanträge werden bei der vorgesetzten Dienststelle gefällt – dem Kommando Territoriale Aufgaben in Berlin – oder dem Verteidigungsministerium. Ein Probelauf für die Hamburger Behörden war das OSZE-Außenministertreffen im Dezember. Auch hier unterstützte die Bundeswehr mit gesicherten Parkplätzen, Unterstellmöglichkeiten und Ärzten. Während der Tagung seien damals keine weiteren Anträge eingegangen, berichtet Setzer.

Dass die Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Polizei im Notfall nicht immer reibungslos funktioniert, zeigte eine erste bundesweite Terrorabwehrübung, kurz Getex, im März: Die Entscheidung über Amtshilfeanträge dauerte teils sehr lange. Zu lange für sich schnell entwickelnde Terrorlagen. Die Behörden hoffen, mit den Erkenntnissen der Übung nun schneller reagieren zu können.

Ein Bereich, in dem die Bundeswehr bei G20 auf jeden Fall eine Rolle spielen wird, ist die Luftraumüberwachung. Michael Setzer:

O-Ton Setzer

„Grundsätzlich macht die Bundeswehr eine Luftraumüberwachung für Deutschland. Das gehört mit zur territorialen Verteidigung. Das wird nicht aus Hamburg oder einem Bundesland gemacht, sondern das liegt oberhalb des Verantwortungsbereiches der Bundesländer.“

Im ostfriesischen Wittmund steht ständig eine sogenannte Alarmrotte bereit - zwei Kampfflugzeuge der Luftwaffe, die innerhalb von Minuten aufsteigen können, um Flugzeuge zu identifizieren und ggf. abzufangen. Möglicherweise werden solche Notfallmaßnahmen während des G20-Gipfels verstärkt. Auf dem Stützpunkt in Laage bei Rostock könnten ebenfalls Maschinen für solche Aufgaben bereitgestellt werden.

Auf dem Hamburger Flughafen wird es angesichts der vielen Präsidenten- und Regierungsmaschinen eng. Auch die Air Force One des US-Präsidenten wird dort abgestellt. Es wird besondere Sicherheitsvorkehrungen geben. Allerdings will man keinen militärischen Sicherheitsbereich einrichten. Der Einsatz von Bundeswehrkräften am Flughafen sei nicht geplant, teilt das Landeskommmando Hamburg mit.

Während des Gipfels selbst werden die Hamburger wohl gar keine Soldaten im Stadtbild erkennen. Das Landeskommmando setzt auf Deeskalation: Dienstfahrzeuge bleiben in den Kasernen, Uniformen werden außerhalb militärischer Einrichtungen gegen zivile getauscht. Michael Setzer:

O-Ton Setzer

„Ich meine: Wir haben ja nun gesehen, dass in Hamburg selbst auf den Höfen von Polizeiwachen die Fahrzeuge nicht sicher sind. Er wäre hochgradig leichtsinnig, wenn Demonstrationen in der Stadt laufen, dort Bundeswehrfahrzeuge abzustellen.“

Hinweise auf eine besondere Bedrohungslage gibt es laut Setzer derzeit allerdings nicht. Sowohl Gipfelteilnehmer als auch die Hamburger hoffen, dass das auch so bleibt.

* * *

Flocken

Informationen von Julia Weigelt.

Das war's für heute. Die Sendung können Sie auch als Podcast herunterladen: unter [ndr.de/streitkraefte](https://www.ndr.de/streitkraefte). Dort können Sie auch den Newsletter von Streitkräfte und Strategien abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das Manuskript der Sendung per E-Mail zu. Ein schönes Wochenende wünscht Andreas Flocken.